



Ministerpräsident Koch: (Fast) immer ehrlich, (fast) nichts gewusst, (fast) alles aufgeklärt

A. VARNHORN

CDU HESSEN

# Was wusste Roland Koch?

Immer neue Enthüllungen aus dem Hessen-Sumpf: Die Industrie sponserte CDU-Spitzenmann Roland Koch gezielt mit Spenden an einen CDU-Verein. Ermittlungen der Justiz belegen, dass schwarze Kassen bis vor kurzem zum Alltag der Union gehörten.

**A**ussitzen hat er gelernt. Gern beruft sich der hessische Ministerpräsident Roland Koch, 41, auf das große Vorbild Helmut Kohl, 70, nach dem die Nachwelt eines Tages „Straßen und Plätze“ benennen werde.

Der Untersuchungsausschuss, der den hessischen Schwarzgeldskandal aufklären soll, will Akten haben? Nicht mit Koch, der mauern und verzögern lässt, wie es nur geht. Die Richter, die entscheiden müssen, ob Koch und seine CDU mit rechtswidrigen Methoden an die Macht kamen, wollen die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft lesen? Die können lange warten.

Koch hat gute Gründe, das CDU-Konvolut so lange wie möglich unter Verschluss zu halten. Die Dokumente, Vernehmungsprotokolle und Zufallsfunde, ein Aktenberg von 200 000 Seiten, werden der hessischen Union noch schwer zu schaffen ma-

chen. In der Wiesbadener Zentrale war, das zeigt das Verfahren gegen den früheren CDU-Chef Manfred Kanther und andere Helfer und Funktionäre der Partei, der lockere Umgang mit Schwarzgeld nicht die Ausnahme, sondern die Regel.

Und Koch, der gelernte Wirtschaftsanwalt, der zielstrebige, intelligente Macher, der schon mit 20 Jahren den CDU-Vorsitz in seiner Heimatregion nahe Frankfurt eroberte, bekam davon nie etwas mit?

Seit Monaten lodern die Vorwürfe immer wieder auf, Koch sei ein Lügner und müsse zurücktreten. Niemand überblickt noch, mit wie vielen Dementis der CDU-Chef ein ums andere Mal zu löschen versucht: Er war (fast) immer ehrlich, er hat (fast) nichts gewusst, er konnte doch (fast) alle Machenschaften aufklären.

Mit Tremolo in der Stimme hatte er am 14. Januar, als er das Geheimnis der



DER LANDESVORSITZENDE

Sehr geehrter Prinz Wittgenstein,

im Nachgang zu unserem Parteitag am Wochenende möchte ich es nicht versäumen, Ihnen auch auf diesem Weg nochmals herzlichen Dank zu sagen für Ihre langjährige, aufopferungsvolle und vor allem erfolgreiche Arbeit als Landesschatzmeister der CDU Hessen. Gleichzeitig danke ich Ihnen für Ihr freundliches Schreiben vom 22. Januar 1998.

sein. Meinerseits werde ich mich ebenfalls intensiv bemühen, einen neuen Spenderkreis zusätzlich aufzubauen, um in schwierigen Zeiten dem Landesverband bei der Mittelbeschaffung behilflich zu sein, damit wir die großen Herausforderungen meistern können.

Mit allen guten Wünschen und bestem Gruß bin ich



(Roland Koch)

**Koch-Brief von 1998:** „Fühlen Sie sich ausdrücklich ermuntert“

Schweizer Konten lüften musste, in die Kameras gebarrt: „Roland Koch galt bisher als ein ehrlicher Mann.“ Sollte sich das ändern, werde er sich „in der Politik nicht weiter befassen“.

Das ist lange her. Auch die Freien Demokraten, die mit Koch in der Koalition vereint sind, haben gelernt, sich in Nachsicht zu üben – regieren ist einfach zu schön. Selbst wenn einer der engsten politischen Freunde Kochs, Staatskanzleichef Franz Josef Jung, über

seine eigene Verwicklung in die Affäre stolpern sollte, bleiben die Liberalen in der Regierung. Das hat Landeschefin Ruth Wagner im engsten Kreis schon fest versprochen.

Doch nach den Ermittlungsergebnissen von Kripo und Staatsanwaltschaft ist Koch weniger glaubhaft denn je. Nicht mehr vorstellbar erscheint, wie der CDU-Spitzenmann das Kunststück fertig gebracht haben soll, nicht zu spüren, nicht zu



**Geschäftsführer Seitz (1994)**



**CDU-Landesgeschäftsstelle, Akademie-Schild**  
*Diskrete Millionen*



**Ex-Schatzmeister Prinz Wittgenstein**  
*Schwarze Kassen für den Alltag*

ahnen, wie rings um ihn das Schwarzgeld schwappte:

- ▶ Sein früherer Landesgeschäftsführer Siegbert Seitz war offenbar fest in illegale Transaktionen eingebunden.
- ▶ Koch selbst unterschrieb 1998 den entscheidenden Brief, der dem langjährigen Schatzmeister Casimir Prinz zu Sayn-Wittgenstein und dem CDU-Finanzberater Horst Weyrauch als Legitimation diente, die Partei weiterhin mit Schwarzgeld zu versorgen.
- ▶ Noch im Februar dieses Jahres schrieben nervöse CDU-Hauptamtliche ein komplettes Kassenbuch neu, um aktuelle Schwarzgeld-Transaktionen zu verschleiern. Da inszenierte Koch schon seine satirereife „brutalstmögliche Aufklärung“.

Dreister als irgendwo sonst in der Republik haben die Christdemokraten im traditionellen Schwarzgeld-Archipel Hessen (siehe Grafik Seite 24) getrickst, gefälscht und manipuliert. Ob es um ein paar Mark für studentische Aushilfen ging oder um ein paar Millionen für eine Immobilie – die geheimen Quellen sprudelten. Mögen andere CDU-Landesverbände nach den parteiübergreifenden Spendenaffären der siebziger und achtziger Jahre auf halbwegs korrekte Buchführung geachtet haben – die Hessen pflegten die illegalen Traditionen, als hätte es nie Prozesse, Strafbefehle, Untersuchungsausschüsse und Gesetzesänderungen gegeben.

So wucherte ein finanzielles Schattenreich, das wohl nur sehr wenige in der Partei in allen Verästelungen kannten. Die präzisen Mechanismen waren zwar, etwa durch die findigen Experten Weyrauch und Wittgenstein, nicht nur nach außen, sondern auch intern vor neugierigen Augen abgeschottet. Doch sicher ist: Weitaus mehr Helfer, als Koch zugeben will, wussten über



FOTOS: S. HUSCH / TERZ

Sonderfonds, von denen man so genau nicht redet, ganz gut Bescheid.

Zwei Schwarzgeldsysteme lassen sich unterscheiden:

- ▶ die Schweizer Konten, auf die Weyrauch, Wittgenstein und der damalige hessische CDU-Generalsekretär Kanther 1983 über 20 Millionen Mark transferierten und die sie bei Bedarf anzapften;

- ▶ zwei schwarze Kassen für den Alltag in der Landesgeschäftsstelle, die eine geführt als „Spendenkasse CDU Hessen“, die andere als „SK“ (Sonderkasse). Die wurden unter anderem gespeist aus großen Bargeldspenden der Süßwarenfirma Ferrero, die der Partei seit Anfang der achtziger Jahre rund eine Million Mark zukommen ließ – außerhalb der Rechnungslegung.

Und dann gab es da noch die Hessische Akademie für politische Bildung. Auf den eingetragenen Verein weist in der Frankfurter Straße in Wiesbaden nur ein Klingelschild hin. Die anderen Nutzer der Gründerzeit-Villa lassen gern blauweißrote Fahnen flattern, als stolzen Hinweis, dass hier die CDU residiert.

Der Etat der diskreten CDU-Akademie, deren Vorstand der hessische Justizminister Christean Wagner (CDU) und der Wiesbadener CDU-Fraktionschef Norbert Kart-

mann angehören, ist durchaus beachtlich. Allein 300 000 Mark kamen im vergangenen Jahr vom Haftpflichtverband der Deutschen Industrie (HDI) in Hannover, einem milliardenschweren Versicherungskonzern. Auch die hessischen Unternehmer lassen sich nicht lumpen. Die Gaben, die der Verband der Metall- und Elektro-Unternehmen Hessen e. V. (Hessen Metall) in den neunziger Jahren schickte, summieren sich auf fast zwei Millionen Mark. Besonders großzügig zeigte sich die Hessen Metall im Wahlkampfjahr 1998 (320 000 Mark).

Die Spur der Spenden führt direkt zum amtierenden Ministerpräsidenten Koch. Dessen Karriere wurde offenbar mit hohen, nicht öffentlichen Summen von Spitzenmanagern der Wirtschaft gefördert.

Die Aussagen des früheren Spitzenbankers Paul Wieandt lassen wenig Raum für Zweifel. In einer CDU-Finanzakte waren Fahnder auf dessen Namen gestoßen, daneben der handschriftliche Vermerk: „Über Verband 300“, soll heißen 300 000 Mark. Wieandt, von 1990 bis 1997 Vorstandsvorsitzender der Frankfurter BfG-Bank, berichtet von gezielten Werbesprachen vor der Landtagswahl vom Februar vergangenen Jahres: Die Mitglieder eines unionsnahen Wirtschaftskreises sollten zur rechten Zeit etwas für ihre Überzeugung tun.

Die Aussagen des früheren Spitzenbankers Paul Wieandt lassen wenig Raum für Zweifel. In einer CDU-Finanzakte waren Fahnder auf dessen Namen gestoßen, daneben der handschriftliche Vermerk: „Über Verband 300“, soll heißen 300 000 Mark. Wieandt, von 1990 bis 1997 Vorstandsvorsitzender der Frankfurter BfG-Bank, berichtet von gezielten Werbesprachen vor der Landtagswahl vom Februar vergangenen Jahres: Die Mitglieder eines unionsnahen Wirtschaftskreises sollten zur rechten Zeit etwas für ihre Überzeugung tun.

Der HDI habe sich daraufhin entschlossen, den damaligen Wiesbadener Oppositionsführer zu unterstützen. Koch sei „ein Lichtblick im Umfeld der übrigen politischen Persönlichkeiten“.

Das Weitere besprach Wieandt mit Joachim Lehmann, dem Wirtschaftsbeauftragten der hessischen CDU, im feinen Schlosshotel Kronberg. Als hauptamtlicher Mitarbeiter der Schatzmeisterei sorgte Lehmann seit den sechziger Jahren dafür, dass in Wiesbaden die Kassen voll sind. Schatzmeister Wittgenstein ließ ihm regelmäßig Gratifikationen zukommen, etwa im Februar 1992 einen Betrag von 32 000 Mark „als Honorierung Ihres persönlichen Einsatzes und auch Ihres Fleißes und Ihrer Zähigkeit bei unermüdlichem Einsatz, um Spenden zu bekommen“. Natürlich kam auch dieses Geld von Schweizer Konten.

Der CDU-Finanzexperte, erinnert sich Wieandt, habe einen Weg aufzeigen sollen, wie eine Spende unauffällig und steuerminierend an die Partei gehen könne. Gar kein Problem, habe Lehmann erklärt, es gebe da ja die Hessische Akademie für politische Bildung, einen eingetragenen Verein, der gemeinnützige Zwecke verfolge und Spendenquittungen fürs Finanzamt ausstellen könne. Der Sitz der Akademie, wie praktisch, sei in der CDU-Landesgeschäftsstelle. Er, Lehmann, sei Schatzmeister des Vereins.

So kam man ins Geschäft. Nach Rücksprache mit dem HDI-Vorstand, dem er als Berater verbunden ist, wickelte Wieandt

## Die Spur der Spenden führt direkt zum amtierenden Ministerpräsidenten



Löhr



Kiep



Lütjhe



Grau



Wittgenstein



Weyrauch

### Grauer Filz und schwarze Kassen

Die Spendenaffären der hessischen CDU

1967

Der hessische CDU-Landesschatzmeister **Walter Löhr** entwickelt zusammen mit einem Pater der **Steyler Mission** in St. Augustin bei Bonn ein gigantisches illegales Spendensystem. Von jeder Spendenmark fließen 80 Prozent schwarz an die Geldgeber zurück, die jedoch eine steuerbegünstigte Bescheinigung über den Gesamtbetrag erhalten. Den Rest teilen sich die Mission und CDU-Mann Löhr. Allein der **Flick-Konzern** spendet so an die ordenseigene „Soverdia“ 12,3 Millionen Mark.

1972

Laut dem damaligen CDU-Generalbevollmächtigten **Uwe Lütjhe** legt dieser gemeinsam mit Bundesschatzmeister **Walther Leisler Kiep** – was dieser bestreitet – für die Bundespartei ein Konto in der Schweiz an. Nach einschlägigem hessischem Vorbild sollen darüber illegale

Spenden der „Staatsbürgerlichen Vereinigung“ abgewickelt werden. Nach Lütjhe wurden diese Transaktionen als „Reisen zu Frau Hürlmann oder Frau Stirnimann“ umschrieben.

Der Frankfurter Kaufmann **Karl Friedrich Grau** sammelt bei Prominenten wie Axel Springer Spenden für als gemeinnützig anerkannte Vereine. Abzüglich einer Provision von meist zehn Prozent reicht er das Geld an die Union weiter, die ihm auf Anforderung fingierte Rechnungen etwa für seine „Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit“ ausstellt.

1981

Seit Anfang der achtziger Jahre spendet der in Hessen ansässige Süßwarenkonzern **Ferrero** jährlich hohe Beträge an den CDU-Landesverband. Die Gelder, bis 1999 rund eine Million Mark, tauchen nie in den Rechenschaftsberichten der Partei auf. Mit den Zuwendungen des Nutella-Herstellers, der dank der Großzügigkeit des CDU-Bürgermeisters von Stadtallendorf in den neunziger Jahren rund 13 Millionen Mark Zinsen auf die Vorauszahlung der Gewerbesteuer spart, füllt die Hessen-Union ihre schwarzen Kassen auf.

1983

Der hessische CDU-Generalsekretär **Manfred Kanther** und CDU-Landesschatzmeister **Casimir Prinz zu Sayn-Wittgenstein** schaffen rund 20 Millionen Mark aus dem Vermögen der Landespartei auf geheime Schwarzgeldkonten in der Schweiz. Der CDU-Steuerberater **Horst Weyrauch** fungiert dabei als Treuhänder.

1989

Nach und nach wird das in der Schweiz geparkte Schwarzgeld an den hessischen CDU-Landesverband zurückgeführt. Dabei bedienen sich die Finanzjongleure ab 1993 auch der Liechtensteiner „**Stiftung Zaunkönig**“. Zur Tarnung konstruiert Schatzmeister Wittgenstein im Nachhinein ein infames Lügengebäude. Er bezeichnet die Millionenzuflüsse teilweise als „jüdische Vermächtnisse“.

1991

Walther Leisler Kiep wird, in seiner Funktion als Bundesschatzmeister der CDU, wegen fortgesetzter Beihilfe zur Steuerhinterziehung zu einer

drei Spenden über jeweils 150 000 Mark mittels Verrechnungsschecks ab. Die Spendenquittungen und die Freistellungsbescheinigungen zwecks Steuerminderung erhielt Wieandt und reichte sie an den HDI weiter.

Die Hessische Akademie für politische Bildung bestätigte dem Landeskriminalamt, Geld vom HDI erhalten zu haben. Jeweils 150 000 Mark seien am 10. Juli 1998, am 11. Januar 1999 und am 15. September 1999 eingegangen.

Zufall oder nicht: Die Januarspende kam genau zu der Zeit, als Koch für seine Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft jede Mark gut gebrauchen konnte.

Die höchst strittige Kampagne trug wesentlich zu seinem Wahlsieg am 7. Februar bei.

Kenner der illegalen Parteienfinanzierung kommt die Vermischung von Partei und Verein bekannt vor. In einem Bericht der nordrhein-westfälischen CDU-Fraktion aus dem Jahr 1985 über die „Schattenfinanzierung politischer Parteien“ handelt der damalige Landtagsabgeordnete Kurt Biedenkopf, heute Ministerpräsident von Sachsen, vier einschlägige „Methoden“ ab. Eine davon, Ziffer 2, sind „Spenden an gemeinnützige Organisationen“:



Wahlkämpfer Koch\*: „Lichtblick im Umfeld der übrigen politischen Persönlichkeiten“

*Der steuerpflichtige Spender zahlte einen Geldbetrag an eine Empfängergesellschaft, die aufgrund von Körperschaftsteuerfreistellungsbescheiden vermeintlich gemeinnützige Zwecke verfolgte. Mit Hilfe der für die Spende erhaltenen Spendenbescheinigung machte der Spender den gezahlten Betrag als abzugsfähige Sonderausgaben steuermindernd geltend. Die Empfängergesellschaft leitete ihrerseits die erhaltene Geldleistung entweder direkt an eine politische Partei oder an eine im Ausland gelegene Organisation, von wo die Spende „gewaschen“ wieder ins Inland in die Kassen einer politischen Partei zurückfloss.*

Die CDU-Generalsekretärin Otti Geschka bestreitet entschieden, dass die Akademie Teil eines Schwarzgeldsystems gewesen sein könnte. Die Spenden der Wirtschaft seien beim Verein angekommen „und dort verblieben“.

Was zwischen Lehmann und Wieandt besprochen wurde, sei nicht so wichtig, sagt die Generalsekretärin. „Entscheidend ist, alles wurde korrekt verbucht.“ Die Akademie sei keineswegs eine Spendenwaschanlage, sondern „eine wichtige Schulscheinrichtung beispielsweise für unsere Kommunalpolitiker“. Der Verein zahle Miete für Büroräume und einen Schulungsraum in der Geschäftsstelle. Zudem, so Geschka, habe doch „jede der im Landtag vertretenen Parteien ihre Akademie“.

Doch nicht alle sitzen direkt in der Parteizentrale. Und von Zuwendungen, wie sie die CDU-Akademie erhielt, können die Konkurrenten nur träumen.

HDI-Sprecher Thomas von Mallinckrodt bestätigt die 450 000-Mark-Spende nicht nur, sondern erläutert auch den Hintergrund: Das Unternehmen habe etwas „für Herrn Koch tun“, aber nicht „unfokussiert“ in die Parteikasse zahlen wollen. Die

\* Im Februar 1999 mit Unterschriften gegen die doppelte Staatsbürgerschaft.

Akademie sei „genau der richtige Zweck“. Da traf es sich, dass die Spende für den gemeinnützigen Verein noch von der Steuer abgesetzt werden konnte.

Die Hessen Metall will sich zu den Spenden nicht erklären. Nur so viel: Auf Grund der „gesellschaftspolitischen Verantwortung“ fördere man „Bildungseinrichtungen in Hessen“. Lehmann äußert sich nicht und verweist an die CDU-Generalsekretärin.

Die Wiesbadener Staatsanwaltschaft sieht in den Vorgängen rund um die Akademie noch kein Problem: „Anhaltspunkte für einen Missbrauch liegen nicht vor“, sagt die Leitende Oberstaatsanwältin Hildegard Becker-Toussaint.

Die Ermittler konzentrieren sich auf das Verfahren gegen Kanther und fünf weitere Beschuldigte. Besonders erstaunlich ist der Fall des langjährigen Landesgeschäftsführers Seitz, der den Posten 1991 übernahm. Seitz organisierte die Partei nach innen und nach außen. Der Wahlkampf, der Roland Koch ins Amt trug, ist ganz wesentlich sein Werk.

Seitz wird von Weyrauch, dem wohl besten Kenner der finanziellen CDU-Internas, schwer belastet. Der hat sich mittlerweile zweimal, zuletzt vor zwei Wochen, vernehmen lassen. Das Geheimnis der Schweiz sei zwar gewahrt worden, so die Darstellung Weyrauchs, aber natürlich hätten „Generalsekretäre oder Landesgeschäftsführer erahnen“ können, „dass es irgendwo eine Geldquelle gibt, die im Bedarfsfall für Investitionen und notwendige Ausgaben zur Verfügung steht“. Ausdrücklich nennt Weyrauch Seitz, der den „Honigtopf im Süden“ mindestens gewittert habe. „Ich muss persönlich davon ausgehen, dass Herr Seitz klar war, dass diese Einnahmen und Ausgaben außerhalb des offiziellen Rechenwerkes der CDU Hessen laufen.“ Immer mal wieder habe der Landesgeschäftsführer im Gespräch sogar versucht, ihn über die geheime Geldquelle auszuhorchen. Seitz weist diese Darstellung zurück. Er habe von



Kanther



Koch

Geldstrafe von 675 000 Mark verurteilt. Wegen Verjährung hebt der Bundesgerichtshof das Urteil eineinhalb Jahre später auf.

### 1997

Mit Schwarzgeldern finanziert die Hessen-CDU eine 158 000 Mark teure Imagekampagne für **Roland Koch**, der sich als Nachfolger von Manfred Kanther profilieren will.

### 2000

Im Januar fliegt, ausgelöst durch Recherchen des SPIEGEL, das finanzielle Schattenreich der Hessen-Union auf. Kanther und Wittgenstein übernehmen die Verantwortung. Roland Koch, inzwischen Ministerpräsident, verspricht „brutalstmögliche“ Aufklärung, verschweigt aber zugleich von ihm gebilligte Manipulationen im Rechenschaftsbericht.

Ex-Bundesinnenminister Manfred Kanther legt sein Bundestagsmandat nieder, und CDU-Steuerberater Horst Weyrauch, eine Schlüsselfigur im Spendensystem, tritt aus der Union aus. Im Juli werden die schwarz vereinnahmten Ferrero-Spenden publik.

DER SPIEGEL



Jemenitische Hauptstadt Sanaa: „Gutes Wort bei den Moslems einlegen“

# Verbale Stahlgewitter

Seit der Spendenaffäre und der CDU-Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft verrohen im hessischen Landtag die Sitten.

Als Tarek Al-Wazir, 29, 1995 in den hessischen Landtag gewählt wurde, hatte er das Gefühl, die Durchschnittsparlamentarier zu provozieren. Er war grün, jung, Student, eloquent und im Besitz von zwei Pässen. Der gebürtige Offenbacher hat jemenitische Vorfahren.

Mit guter Scharbeit in Wiesbaden glaubte er, etwaige Vorbehalte zu zerstreuen. An die gelegentlichen Frotzeleien gewöhnte er sich. „Na, Al-Wazir“, juxte etwa eine hessische CDU-Politikerin, „wenn die Moslems erst an der Macht sind, legen Sie ein gutes Wort für mich ein, nicht?“

Als er vergangenen Donnerstag hinter dem Rednerpult stand, war es wieder so weit. Mitten in einer aufgeregten Debatte zur CDU-Spendenaffäre in Hessen hörte Al-Wazir nur das Wort „Sanaa“, die Hauptstadt des Jemen. An der empörten Reaktion von SPD und Grünen erkannte er, „dass etwas Schlimmes passiert sein musste“.

Bis heute ist unklar, was der CDU-Politiker Clemens Reif, 51, ihm tatsächlich zugerufen hat. „Geh doch zurück nach Sanaa“, hörten die einen. Doch Reif will – inspiriert vom Schlager „Ein Student aus Uppsala“ – diesen Titel zitiert und nur die Ortsnamen ausgetauscht haben.

Der Eklat war da. Die Sitzung wurde unterbrochen, um den Wortlaut zu ermitteln. Doch nicht einmal die Parlamentsstenografen hatten präzise gehört, was Reif gerufen hatte. Im Protokoll fehlt der Zwischenruf schlicht.

Die Aufregung illustriert die Zustände im Wiesbadener Plenum. Seit der Spendenaffäre um Ministerpräsident Roland Koch und der unappetitlichen Doppelpasskampagne, die ihn an die Macht brachte, sind die Sitten im Landtag verroht, die Nerven liegen blank. Doch Ausfälle hat es in Hessen schon immer gegeben.

► 1989 wurde der grüne Abgeordnete Friedrich Karl Hertle mit dem Zwischenruf: „Sie reden wie die Nazis“ vom Rednerpult vertrieben. Walter Troeltsch (CDU) entschuldigte sich später mit dem Hinweis, die Grünen würden ihn „zur Weißglut“ bringen.

► 1994 soll der damalige Ministerpräsident Hans Ei-

**Abgeordnete Al-Wazir, Reif**  
„Ein Student aus Uppsala“



G. FISCHER / BILDBERG

FOTOS: S. HUSCH / TERZ

chel, die geschwätzig FDP-Fraktion als „dummes Volk“ titulierte haben. Hinterher will er nur „dummes Zeug“ gesagt haben. Auch in diesem Fall konnten die Stenografen den exakten Wortlaut nicht mehr rekonstruieren.

► 1996 attackierte Boris Rhein, Junge Union Frankfurt, seinen jüdischen Parteikollegen Michel Friedman, nachdem der den rechten Flügel der hessischen CDU kritisiert hatte. Rhein forderte Friedman daraufhin indirekt zum Verlassen der Stadt Frankfurt auf. Eine von der damaligen rot-grünen Parlamentsmehrheit verabschiedete Erklärung, die Rheins „skandalöse Entgleisung“ zurückwies, wurde von der CDU-Fraktion boykottiert.

Hessische Politiker, nicht nur die Vertreter der so genannten Stahlhelm-Fraktion der CDU, waren auch im Bundestag für ihre scharfe Zunge berüchtigt. Der Ober-Grüne Joschka Fischer etwa herrschte den Bundestagspräsidenten Richard Stücklen 1984 an: „Mit Verlaub, Herr Präsident, Sie sind ein Arschloch.“

Auch die eiserne Ikone des national-konservativen Flügels der hessischen CDU, Alfred Dregger, unterhielt seine Zuhörer mit verbalen Stahlgewittern. Es gebe „zu viele Feiglinge in Deutschland“

polterte der Rechtsaußen und rief „alle Deutschen“ auf, „aus dem Schatten Adolf Hitlers herauszutreten“ und „normal zu werden“.

Die Debatten im hessischen Landtag haben sich auf unterem Niveau eingeegelt. „Lüge“, „Vertuscher“, „Verdreher“ gehören zum ungerügten Standardrepertoire an Zwischenrufen.

Al-Wazir macht den skandalumwölkten Ministerpräsidenten Koch verantwortlich für das „vergiftete Klima“ im Landtag. Seit der Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft und den wöchentlichen Nachträgen zum Spendenskandal sei die Stimmung gekippt. Sein Fazit: „Solange in Hessen die Grundregeln der politischen Verantwortung außer Kraft sind, gibt es keine Normalität.“

CHRISTOPH MESTMACHER

irgendwelchen Konten außerhalb der Buchführung erst erfahren, als Weyrauch ihm am 1. Dezember vergangenen Jahres unter vier Augen informiert habe. „Alle anderen Behauptungen und Spekulationen sind falsch“, sagt Seitz.

Auch Koch verwendet sich in seiner Zeugenvernehmung vom 10. Mai dieses Jahres in seiner Dienstvilla ausdrücklich für Seitz. Er könne sich „nach wie vor nicht vorstellen“, sein treuer Wahlkampfmanager sei über die schwarzen Kassen genau informiert gewesen. Er habe ja schließlich eng mit ihm zusammengearbeitet.

Eben. Es ist wie immer in der Hessen-Union. Irgendwie nix gewusst.

Weyrauch schildert allerdings eine Begebenheit, die Koch in weitere Erklärungsnot bringt.

Im Januar 1998, als Koch den Landesvorsitz von Kanther übernahm, war auch Prinz Wittgenstein aus dem Amt geschie-

Der Brief, sagt Weyrauch, sei „im Entwurf von Herrn Seitz mit mir besprochen worden“ – als „Legitimation zur Weiterführung bestimmter Aufgaben“, vor allem in der Schweiz und in Liechtenstein.

Koch, der dazu von den Ermittlern befragt wurde, beteuert, ihm sei das überhaupt nicht klar gewesen. Von irgendwelchen CDU-Auslandskonten habe er nichts gewusst „und daher logischerweise mit Wittgenstein nie darüber gesprochen“. Ende der Diskussion.

Wenn das immer so leicht wäre. Auch die für die CDU quälende Debatte um ihren früheren Finanzreferenten Franz-Josef Reischmann findet jedenfalls in den Weyrauch-Aussagen neue Nahrung.

Reischmann hatte nach Weyrauchs Berechnungen zwischen 1988 und 1992 rund 2,2 Millionen Mark aus Partei- und Fraktionskassen eingesteckt. Die Parteiführung verzichtete dennoch darauf, ihn dem

können, dass seine Vorgesetzten Millionen in die Schweiz geschafft hatten.

Selbst den Eingeweihten muss es schwer gefallen sein, sich im kunstvoll verschachtelten Schwarzgeldsystem zurechtzufinden: Das Schweizer Depot und Barspenden aus der Industrie speisten zwei verborgene Kassen in der CDU-Zentrale.

Auf die kleinere stießen die Ermittler bei ihrer Durchsuchung im Januar: In der „Spendenkasse CDU Hessen“ fanden sich 14360 Mark in kleinen Scheinen. Angeblich stammte das Geld von braven Anhängern der Union, die mal einen Hunderter oder einen Tausender stifteten. So stand es jedenfalls im Kassenbuch.

Nur das war gleich zweimal falsch: Die 14000 Mark waren der Rest einer 50000-Mark-Spende, die Prinz Wittgenstein mindestens einmal jährlich bei Ferrero in bar abholte und in die Geschäftsstelle brachte. Das Kassenbuch war stümperhaft gefälscht:



Koalitionspartner Wagner, Koch, Banker Wieandt (1994), Ex-Finanzreferent Reischmann: In Treue fest

den. Der penible Weyrauch fürchtete eine missliche Lage, die Legitimation für Zugriffe aufs Schweizer Geld war damit entfallen. Auch Seitz, schildert Weyrauch, sei besorgt gewesen. Er habe ja gewusst, „dass es irgendwo eine Geldquelle gibt, aus der auf seine Anfrage hin in der Vergangenheit ‚sonstige Einnahmen‘ in das Vermögen des Landesverbandes geflossen sind“. Also wurde ein Brief organisiert, um die Lücke zu stopfen. Unterzeichnet hat das Schreiben Roland Koch:

*Ich möchte ... meine schon im vergangenen Herbst geäußerte Bitte wiederholen, dass Sie uns mit Ihrer Erfahrung und Ihren Kontakten auch in Zukunft zur Verfügung stehen. Über konkrete Einzelfälle, bei denen ich um Ihre Vermittlung bitte, hatten wir ja bereits gesprochen. Aber darüber hinaus fühlen Sie sich bitte ausdrücklich ermuntert und auch legitimiert, weiterhin den Stellen, die Sie für geeignet halten, Ihre segensreiche Arbeit nicht von heute auf morgen zu beenden. Ihre besonderen Kontakte und Verbindungen zu Persönlichkeiten und Institutionen werden noch lange Zeit schwer ersetzbar sein.*

Staatsanwalt zu melden, sie begnügte sich mit seiner Schuldanerkenntnis über eine Million Mark.

Spekulationen der Opposition, ein Mitwisser des Schwarzgeldsystems sei geschont worden, wies die CDU stets empört zurück. Schließlich habe man, so Koch, dem Mann „das letzte Hemd ausgezogen“.

Es blieb trotzdem noch was übrig. Die Ermittler stießen darauf, dass Reischmann gemäß einer internen Vereinbarung „ein Startvermögen von 100 000 Mark bis höchstens 150 000 Mark“ belassen werden sollte. Dazu erklärte Weyrauch, es sei das vordringliche Interesse gewesen, „die Sache geräuschlos abzuwickeln, weil erheblicher politischer Schaden zu befürchten war“. Die Partei habe Reischmann „aus diesem Grund“ den Aufbau einer neuen Existenz ermöglichen wollen. Der stellvertretende Landesgeschäftsführer habe über „Herrschaftswissen“ verfügt und etwa „eine Ahnung gehabt, dass die CDU Hessen außer dem offiziellen Vermögen noch anderes Vermögen hat“.

Reischmann selbst erinnert sich präziser. Einem Vermerk habe er entnehmen

Alle Eintragungen waren in einer Handschrift und erkennbar mit demselben Stift geschrieben. Ja, räumte Helmut Hehn, stellvertretender Landesgeschäftsführer, auf Befragen ein, die Kladde sei im Februar dieses Jahres „nachgefertigt“ worden.

Fester Bestandteil im Finanzwesen der Union war vor allem die Sonderkasse, intern „SK“ genannt. Mit gerade mal 5000 Mark wurde sie am 9. August 1992 eröffnet, aber schnell schwoll der Strom des Schwarzgeldes an. Noch am gleichen Tag, erinnert sich die zuständige Kassiererin, seien weitere 50 000 Mark eingegangen. Und so ging es weiter: Allein von August 1992 bis März 1997 kamen 511 000 Mark.

Das Geld stammte hauptsächlich von Weyrauch, der das Bare in Zürich beschaffte. Prinz Wittgenstein ließ Weyrauch wissen, wann die Kasse knapp war. Offizielle Buchführung muss in der Landesgeschäftsstelle eher die Ausnahme gewesen sein, die Hauptamtlichen in der Frankfurter Straße feierten offenbar regelrechte Bargeld-Orgien. Fahrtkosten, Reisekosten, Übernachtungen, Aushilfen und die Hausreinigung ebenso wie Benzin, Mietwagen,



A. WÄRNHÖRN

**Spendenfirma Ferrero:** Großzügige Gaben aus Stadtallendorf

Einkäufe bei der Metro sowie kleine Gaben an die Kreisverbände – die Sonderkasse war für alles gut.

Um notfalls auch Wohltaten an Parteifreunde tarnen zu können, schafften die CDU-Helfer Falschbelege heran. So mussten Praktikanten den Erhalt von Summen bestätigen, die sie gar nicht bekommen hatten. Der Kiosk gegenüber stellte schon mal eine Rechnung über Kekse und Zeitungen aus, die übers Jahr gekauft worden seien.

Auch größere Batzen regelte die CDU gelegentlich auf dem „SK“-Wege, beispielsweise eine Rechnung über 70 000 Mark der in Solingen ansässigen Werbeagentur von Mannstein, die regelmäßig CDU-Wahlkämpfe gestaltet.

Die ganz dicken Dinger wurden bargeldlos abgewickelt. Hauptamtliche CDU-Leute fischten hohe Rechnungen aus dem Geschäftsgang und übergaben sie Weyrauch. Der überwies das Geld dann direkt.

Ganz wie bei ordentlichen Kaufleuten galten strenge Regeln, wer wie viel aus dem „Honigtopf im Süden“ abzapfen durfte. Größere Projekte genehmigte der Prinz ohne präzise Kostenvorgabe. So wies er etwa Weyrauch 1998 und 1999 an, jeweils eine Million Mark aus der Schweiz nach Wiesbaden zu schaffen, um die EDV-Ausstattung der Geschäftsstelle sowie Kochs aufwendigen Wahlkampf zu finanzieren. Rechnungen, die im Rahmen solcher Projekte anfielen, gingen direkt an Weyrauch. Was in der Ära des Landesvorsitzenden Koch nicht durch die offiziellen Bücher lief, lässt sich heute kaum noch rekonstruieren. Das vom März 1997 bis Herbst 1999 geführte Kassenbuch ist vernichtet. Die Buchhalterin hat, ganz brav, alle Verantwortung auf sich genommen. Es sei einfach eine „Kurzschlussbehandlung“ gewesen, einen Auf-

trag habe sie nicht erhalten, sagte sie den Ermittlern: „Ich war nervlich bis aufs Äußerste belastet.“

In ihrer Not, all das Schwarzgeld zu verbuchen, mussten offenbar selbst die Funktionäre ran. So war es etwa im Dezember 1993, als Seitz, Weyrauch und zwei seiner Kollegen die Union großzügig mit je 20 000 Mark bedachten.

Weyrauch hat mittlerweile eingeräumt, dass die insgesamt 80 000 Mark tatsächlich aus dem Schweizer Depot stammten und mit Hilfe fingierter Spenden in legales CDU-Geld umgerubelt wurden. Allerdings, darauf legt der Wirtschaftsprüfer Wert, habe niemand die Spendenbescheinigungen für eine Rückerstattung beim Finanzamt genutzt.

Auch fremde Spender wurden schon mal benutzt, um Schwarzgeld zu kaschieren – etwa das hessische Pharmaunternehmen Altana der Familie Quandt. „Zweckgebunden für Roland Koch“ hatte Altana tatsächlich 100 000 Mark gespendet, die am 20. Januar 1998 auf einem CDU-Konto gutgeschrieben wurden.

Sechs Tage später wurden mit dem handschriftlichen Buchungsvermerk „Altana“ zwei Barbeträge über 100 000 Mark und 20 000 Mark eingezahlt. Diese Posten tauchen im Rechenschaftsbericht nicht auf, denn das Geld hatte Weyrauch bar aus der Schweiz mitgebracht und am 23. Januar an Lehmann übergeben. Der habe, sagt Generalsekretärin Geschka, häufiger Phanta-

sienamen oder auch den Namen Altana benutzt, um illegale Gelder einzuspeisen. Das sei aber den Mitarbeitern in der Landesgeschäftsstelle leider nie aufgefallen.

Die großzügigen Gaben des Süßwaren-Herstellers Ferrero aus dem hessischen Stadtallendorf waren dagegen in der Landesgeschäftsstelle ein offenes Geheimnis. In den handschriftlichen Spenderlisten stehen die Summen, die Prinz Wittgenstein stets in bar entgegennahm, zwar bisweilen nur mit „F“ oder „Fe“ bezeichnet, oft aber ganz offen als „Ferrero“. Von 1981 bis 1999 kamen so 975 000 Mark zusammen. Allein im Jahr 1998, als Koch Landesvorsitzender wurde, waren es 140 000 Mark. Der hatte natürlich, man ahnt es, keine Ahnung.

Bei so viel Geld musste die Freundschaft innig sein: „Sie wissen, wie gerne ich zu Ihnen komme, ob mit oder ohne Kuvert“, schrieb der Prinz im Februar 1997 an den damaligen deutschen Ferrero-Chef Arthur Kurrle. Und zu Weihnachten des darauf folgenden Jahres hatten sich Kurrle und Wittgenstein schwer ins Zeug gelegt, um Manfred Kanther einen neuen Job zu besorgen. Der war nach der verlorenen Bundestagswahl gerade seinen Job als Bundesinnenminister los geworden.

Ferrero war gern bereit, Kanther als Berater unter Vertrag zu nehmen – nur zwei Monate seien es gewesen, behauptet das Unternehmen. Kanther will zu dem Vorgang nichts sagen: „Ich gebe überhaupt keine Auskunft über meine beruflichen Beziehungen.“

Derzeit ist er vor allem als Anwalt in eigener Sache tätig. Wie seine Partei argumentiert er in Schriftsätzen an die Staatsanwaltschaft, der von Bundestagspräsident Wolfgang Thierse verhängte Bescheid, die CDU müsse wegen der verschwiegenen Hessen-Gelder 41 Millionen Mark Strafe zahlen, sei rechtswidrig. Kein Schaden, keine Untreue, heißt sein Kalkül.

Die Staatsanwaltschaft sieht das anders. Mit einem glatten Freispruch können Kanther und seine Helfer kaum rechnen. Für Prinz Wittgenstein wäre es schon das zweite Mal, dass er seinen Dienst an der Partei büßen muss. Mitte der achtziger Jahre hatte er wegen illegaler Spendenpraktiken einen Strafbefehl über

135 000 Mark kassiert.

Dass der Prinz damit einschlägig vorbestraft war, störte in der Partei keinen. Koch schwärmte noch im Dezember im Landtag: „Ich gehe davon aus – ich habe auch überhaupt keinen Anlass zu einer anderen Vermutung –, dass Prinz Wittgenstein uneingeschränkt ein integrierter Mann ist.“

GEORG MASCOLO,  
DIETMAR PIEPER, WILFRIED VOIGT

**CDU-Politiker Kanther (M.), Koch\*:** Kein Schaden, keine Untreue?



DPA

\* Bei der 50-Jahr-Feier der Hessen-CDU am 2. Oktober 1995 mit dem Ehrengewählten Alfred Dregger.